

Stadtrat Jena

Beschlussvorlage Nr. 23/2299-BV



Einreicher:
CDU-Fraktion

- öffentlich -

Jena, 29.11.2023

Sitzung/Gremium
Stadtrat der Stadt Jena

am:
13.12.2023

1. Betreff:
Bezahlkarte für Asylbewerber

2. Bearbeiter / Vortragender: Datum/Unterschrift
CDU-Fraktion

3. Vorliegende Beschlüsse zum Sachverhalt: -

4. Aufhebung von Beschlüssen: -

5. Gesetzliche Grundlagen:

6. Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt: (in EUR) ja nein

7. Auswirkungen auf das Klima: -

8. Bürgerbeteiligung: -

9. Realisierungstermin: 1. Quartal 2024

10. Anlagen: -

Guntram Wothly
Fraktionsvorsitzender

Der Stadtrat beschließt:

- 001 Die Stadtverwaltung prüft die Einführung einer „Bezahlkarte“ als Ersatz für Bargeldzahlungen für Asylbewerber.
- 002 Der Bericht wird dem Stadtrat im ersten Quartal 2024 zur Kenntnis gegeben.

Begründung:

Die Bundes- und Länderregierungen – auch Thüringen – haben sich auf dem sog. „Migrationsgipfel“ auf die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber als Ersatz für Bargeldzahlungen verständigt.

Auch der Deutsche Städtetag sieht, anders als bei Sachleistungen, die Einführung einer Bezahlkarte als potentiell hilfreich an, sofern dadurch Bürokratie und Verwaltungsaufwand (Bargeldauszahlungen) erleichtert werden.

Der thüringische Landkreis Greiz will zum 01. Dezember eine Bezahlkarte einführen, die im gesamten Postleitzahlenbereich 07*** gültig ist, also auch in Jena. Der Saale-Orla-Kreis plant, sich dem Pilotprojekt anzuschließen.

Die Einführung einer „Bezahlkarte“ als Ersatz für Bargeldzahlungen für Asylbewerber (nach § 1 Nr. 1 ThürFlüAG) könnte auch in Jena den Verwaltungsaufwand reduzieren und eine sachfremde Verwendung von Leistungen erschweren.